

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,66 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vierhundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 60.

Berlin, Mittwoch, 25. Juli 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Arbeiter, Unternehmer und Staat. — Der christliche Gewerkschaftsorgan. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkschafts-Zeit. — Verbands-Zeit. — Briefkasten. — Anzeigen-Zeit.

Arbeiter, Unternehmer und Staat.

I.

Seit Jahren schon feuert die deutsche Arbeiterschaft unter einem harten Drucke. Eine wirtschaftliche Krise, unter der alle Industriezweige mehr oder minder schwer zu leiden hatten, brachte für viele Tausende von fleißigen Händen Arbeitslosigkeit oder doch verminderte Arbeitsgelegenheit, mit andern Worten eine weitere Schmälerung des oft schon unzulänglichen Einkommens. Not und Glend haben in dieser Zeit in manchen Arbeiterheim ihren Einzug gehalten, das bis dahin davon verschont geblieben war. Was aber dieser Krise eine ganz besondere Härte verliehen hat, das ist die Tatsache, daß sie Hand in Hand ging mit einer unerhörten Teuerung aller Lebensmittel und der notwendigsten Bedarfsgegenstände. Und diese Teuerung ist nicht einmal eine natürliche, sondern künstlich hervorgerufen durch eine verkehrte Wirtschaftspolitik, die ohne Rücksichtnahme auf die ärmeren Schichten der Bevölkerung lediglich den Zweck verfolgte, den Großgrundbesitzern Vorteile über Vorteile zuzuwachen.

Aber das Maß des Glendes der Arbeiter war damit noch nicht voll! Dieselben Kreise und ihre politische Vertretung, die jene volkschädigende Politik unterstützten und gefördert haben, trugen gleichzeitig dazu bei, daß die Ausgaben für Meer und Marine laminenartig anschwellen und das Reich dadurch schließlich in eine finanzielle Notlage geriet, die sein Ansehen und seinen Kredit auf das schwerste beeinträchtigen mußte. Die Zinsenlast wurde immer größer und mit ihr die Schwierigkeit ihrer Deckung. Durch eine Reichsfinanzreform sollte diesem unzulänglichen Zustande ein Ende bereitet werden. 500 Millionen Mark neuer Steuern jährlich hielt man dazu für erforderlich, und von dieser respekablen Summe sollte rund ein Fünftel auf direktem Wege aufgebracht werden, während vier Fünftel durch Besteuerung des Konjums, also durch Belastung der großen Massen gedeckt werden sollten. Die Arbeiterschaft war mit Recht empört. Für diese zarte Rücksicht auf den Besitz hatte sie kein Verständnis. Aber es sollte noch toller kommen! Selbst diese Reform traf nach Ansicht der Konservativen, des Zentrums und der Völen den Besitz noch zu hart. Die Reform wurde weiter „reformiert“, bis dieses Monstrum zustande kam, das unter sorgfältiger Schonung des Besitzes in erster Linie die notwendigsten Bedarfsgegenstände und den Konjum der breiten Massen trifft und außerdem Handel, Verkehr und Gewerbe schwer belastet. Die Vorgänge sind noch in frischer Erinnerung und bedürfen deshalb weiterer Erörterung nicht. Was aber diese Finanzreform bedeutet, das wird das deutsche Volk sehr bald erfahren, wenn die neuen Steuern erst in Kraft getreten sind. Vielleicht reden dann auch die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter mit ihren Führern ein Wortchen, die diesen Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes mitgemacht haben.

Eine Verminderung des Konjums, eine Einschränkung der Produktion, die Entlassung eines Teils der Arbeitskräfte und die Verstärkung des Seeres der Arbeitslosen in den am schwersten betroffenen Gewerben werden die Folgen dieser Steuerpolitik sein, weiter aber vor allem müssen die Aufwendungen für alle die mit den neuen Steuern bedachten Konsumartikel steigen. Eine weitere, und zwar ganz erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung muß eintreten. Von welchem Gesichtspunkte man also auch diese Reform betrachtet, der Leidtragende ist wieder einmal in erster Linie die deutsche Arbeiterschaft.

Kann man es ihr daher verdenken, oder ist es nicht vielmehr ihre Pflicht, daß sie versucht, die schweren Schädigungen, die man ihr zugefügt hat, wieder wettzumachen, die finanziellen Nachteile durch Erzielung besserer Einkommensverhältnisse, wenn auch nicht auszugleichen, so doch zu mildern? Alle Stände streben nach Verbesserung ihrer Lage. Der Landwirt kämpft für die Hebung der Landwirtschaft, der Handwerker für die des Handwerks. Der Großindustrielle glaubt häufig durch Schutzzölle seine Interessen gewahrt zu sehen, und die Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik zeigt uns, daß diese Anschauungen erfolgreich vertreten worden sind. Selbst die Metzger, die Beamten, die Künstler haben zur Förderung ihrer Ständesinteressen Einrichtungen geschaffen, die gerade in letzter Zeit häufig in die Erscheinung getreten sind. Und mit welcher Rücksichtslosigkeit diese Interessenvertretung geübt wird, das haben gerade der Bund der Landwirte und seine Stimmänner bei der Finanzreform mit verblüffender Deutlichkeit gezeigt! Da ist es, wie gesagt, nur selbstverständlich, daß auch die Arbeiter mit Hilfe ihrer Interessenvertretungen, der Organisationen, Bestrebt sein werden, eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen. Mehr noch als die wirtschaftliche Krise mit ihren Lohnreduktionen wird die Finanzreform den Anlaß zu erbitterten Lohnkämpfen geben. Die Arbeiter werden einfach gestungen, zu gegebener Zeit höhere Löhne zu fordern, wenn sie nicht völlig der Verelendung entgegengehen wollen. Was aber wird die Folge sein? Die Verbitterung, die schon jetzt eine fürchterliche Höhe erreicht hat, wird immer mehr gesteigert, und es ist wahrlich keine Uebertreibung, wenn behauptet wird, daß auch der geschickteste, bezahlte Heber und Agitator nicht so viel Unzufriedenheit stiften kann, wie es die „Stützen von Thron und Altar“ mit ihrer Finanzreform zustande gebracht haben.

Es lag nahe, mit den Wirkungen der Finanzreform das Streben der Arbeiter nach besseren Löhnen zu rechtfertigen. Aber auch ohne diese Wirkungen wäre es durchaus begründet. Denn jeder Mensch und jeder Stand will empforteigen, und was jedem andern recht ist, das ist dem Arbeiter billig. Aber nicht nur auf materielle Vorteile ist sein Sinn gerichtet. Mit Recht verlangt er auch eine Verkürzung der übermäßig langen Arbeitszeiten, nicht nur, um seinen Körper vor allzu früher Abnutzung zu schützen, sondern auch um Zeit zu geistiger Ausbildung und für die Erziehung seiner Kinder zu gewinnen. Der von Feinden der Arbeiterbewegung gegen die Verkürzung der Arbeitszeit erhobene Einwand, die gewonnene freie Zeit würde nur für den Auf-

enthalt in den Sneipen verwandt werden, ist so albern, daß er keine Widerlegung verdient. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß in Neu-Seeland, wo man den ersten Versuch mit dem gesetzlichen Achtstundentag gemacht hat, die Arbeiterschaft ein geistiges und sittliches Niveau erreicht hat, das auch von Gegnern der Arbeiterbewegung rückhaltlos anerkannt werden muß.

Vor allem aber strebt der Arbeiter nach der Möglichkeit, seine Interessen selbst wahrzunehmen; er verschmäht es, ihre Berücksichtigung dem Wohlwollen und der Bevormundung anderer zu verdanken. Geseht, es wäre möglich, mit einem Schlage der Arbeiterschaft eine erhebliche Verbesserung ihrer materiellen Lage anzubieten, und man machte ihr dieses Angebot, knüpfte aber daran die Bedingung, daß die Arbeiterschaft auf die Pressfreiheit, ein gutes Vereinsrecht, auf die Koalitionsfreiheit, auf das Wahlrecht oder auch nur auf eines dieser Güter verzichtete, jeden denkende Arbeiter würde ein solches Anerbieten mit Entschiedenheit, ja mit Entrüstung zurückweisen. Je weiter der Mensch in der Bildung fortschreitet, desto höher steigen in seiner Wertschätzung die ideellen Güter, desto weniger zögert er, ihrem Erwerb einen materiellen Genuß zu opfern. Die Arbeiterschaft im ganzen ist in den letzten Jahrzehnten an Bildung weit genug vorgeschritten, um auf ihre ideellen Güter den höchsten Wert zu legen. In erster Linie liegt deshalb den Arbeitern daran, ihre bürgerliche und soziale Gleichberechtigung mit jedem andern Stande zur vollen Anerkennung gebracht zu sehen. Jeder aufgeklärte Arbeiter würde glauben, seiner Ehre etwas zu vergeben, wenn er um irgend eines in Geld anzuschlagenden Vorteils willen von den unschätzbaren Gütern das geringste opferte.

Der Gedanke der genossenschaftlichen Selbsthilfe, wie er in den Organisationen zum Ausdruck kommt und der zu allererst von den Deutschen Gewerkevereinen vertreten worden ist, schließt den Wunsch in sich, so weit es angingig ist, aus eigener Kraft die oben kurz skizzierten Grundforderungen durchzusetzen. Soweit es sich um Lohn, Arbeitszeit und sonstige mit dem Arbeitsverhältnis unmittelbar zusammenhängende Fragen handelt, sind auch durch die Organisation der Arbeiter bedeutsame Fortschritte erzielt worden. Ohne eine solche wäre z. B. der Abschluß von Tarifverträgen unmöglich. Auch für die Zukunft ist hier den Berufsvereinigungen ein weites Feld der Tätigkeit geöffnet. Selbst da, wo die Anerkennung der sozialen Gleichberechtigung in Betracht kommt, können die Organisationen der Arbeiter ein gewichtiges Wort mitreden. Bei den übrigen ideellen Gütern aber, dem Vereinsrecht, der Koalitionsfreiheit, dem Wahlrecht usw. ist der Staat bzw. seine gesetzgebenden Faktoren die entscheidende Instanz, weshalb die Arbeiter ein lebhaftes Interesse an deren Zusammenlegung und den berechtigten Wunsch haben, jedem andern Staatsbürger gleichberechtigt ihre Stimme in die Wagschale werfen zu dürfen. Ist es doch auch Aufgabe des Staates, die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter zu schaffen und zu übernehmen, Gesetze zur Verforgung in Unglücksfällen, bei Krankheit, In-

validität und Alter zu machen u. dergl. m. Was Wunder, daß unter diesen Umständen in den Kreisen der denkenden Arbeiter das Streben nach möglicher Ausgestaltung jener idealen Güter lebendiger geworden ist und der Wunsch sich immer stärker geltend macht, einen größeren Einfluß darauf zu gewinnen?

Der christliche Gewerkschaftskongreß.

Anfang voriger Woche tagte in Köln a. Rh. der 7. Kongreß der christlichen Gewerkschaften. Am Sonntag war bereits eine öffentliche Versammlung vorausgegangen, in der u. a. auch Freiherr v. Berlepsch gesprochen hat. Auf den auch uns interessierenden Teil dieser Rede sind wir schon in voriger Nummer eingegangen. Unter den Vertretern anderer Verbände, die den Kongreß am Montag begrüßten, befanden sich auch Farrer Dr. Weber für den Verband der evangelischen Arbeitervereine und Direktor Dr. Braun als Vertreter des Volksvereins für das katholische Deutschland. Um späteren Mißdeutungen vorzubeugen, verlas Herr Dr. Weber seine Ansprache. In dieser wies er darauf hin, daß die evangelischen Arbeitervereine mit Rücksicht auf den Gegensatz, der zwischen den christlichen und anderen nationalen Gewerkschaften bestehe, sich neutral verhielten. Damit wollte er sagen, daß die evangelischen Arbeitervereine sich nicht im Gegensatz zu den Deutschen Gewerkschaften für die christlichen Gewerkschaften aussprechen könnten. „Unser Wunsch und unser Streben ist, daß bald alle auf nationaler Grundlage stehenden, unabhängigen Arbeitervereinigungen eine geschlossene Front bilden und unter der Losung christlich-national in dem deutschen Arbeiterkongreß vereinigt sein möchten.“ Der Vorsitzende des Kongresses, Reichstagsabgeordneter Schiffer, meinte, die konfessionellen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften hätten schon viele Jahre und in vielen Fällen Waffenbrüderchaft gehalten. Es sei aber wünschenswert, daß sich dieses Verhältnis, das noch sehr Verbesserungsbedürftig sei, inniger gestalte.

Dr. Braun hob hervor, daß im Wirtschaftsleben alles auf Zusammenfluß der Interessen dränge. Auch die großen Aufgaben der Gemeinwesen, des Staates und der Kommunen, die in der Gegenwart so gewaltig angewachsen seien, könnten nur auf dem Boden eines möglichst einheitlichen Zusammenlebens der Bürger untereinander gelöst werden. Der Volksverein ist überzeugt, daß keine Bewegung in unserem Vaterlande der einheitlichen Entwicklung des Gesamtorganismus so dienen werde wie die Arbeiterbewegung. Keine sei so verwachsen mit den neuen Verhältnissen wie diese; keine führe dem Staatsorgan so viel neues und frisches Blut zu wie die Arbeiterbewegung. Wer es daher mit dem sozialen Fortschritt halten wolle, müsse es mit der Arbeiterbewegung halten.

Von Interesse waren auch die Ausführungen des Generalsekretärs Stegerwald über „Die Stellung der christlichen Arbeiterabgeordneten im Parlament“. Aus ihnen ging mit Deutlichkeit hervor, wie un bequem den christlichen Gewerkschaften die Stellung ihrer Führer im Parlament ist. Um die Vorwürfe von den christlichen Gewerkschaften abzulenkten, machte er darauf aufmerksam, daß die christlichen Gewerkschaftsführer, die dem Reichstage angehören, doch von bürgerlichen Parteien und nicht von der christlichen Gewerkschaftsbewegung ins Parlament gewählt worden seien. Diese Entschuldigung läßt von vornherein erkennen, daß innerhalb der christlichen Gewerkschaften eine tiefgehende Unzufriedenheit über das Verhalten der aus ihren Reihen hervorgegangenen Abgeordneten besteht. Auch die Bemerkung des Redners, daß er in den nächsten Jahren nicht ins Parlament nach Berlin gesandt sein möchte, auch dann nicht, wenn man ihm 50 000 M. Diäten zahlen wolle, bestätigt dies. In den letzten Wochen habe er einen tiefen Abscheu vor der Politik bekommen.

Wir freuen uns, hier mit Herrn Stegerwald eines Sinnes zu sein. In der Tat, die Politik der letzten Wochen war so gearbet, daß jeder aufrichtige Vaterlandsfreund darüber einen Ekel bekommen mußte. Um so verwerflicher ist eben, daß diese Politik, die so tiefgehende Gefühle des Abscheus hervorgerufen hat, von den christlichen Führern mitgemacht wurde. Was Stegerwald sonst noch sagte, ist auch von uns bereits ausgeführt worden. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die christlichen Gewerkschaftsführer in diesen Fällen unbedingt gegen ihre Parteien (Zentrum und Konservative) hätten stimmen müssen. Gerade weil sie es nicht getan haben, führten sie den Beweis, daß ihnen die Parteiinteressen höher standen als das Interesse der Arbeiter und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen. Als die Novelle zum Vergesetz von 1905 im Abgeordnetenhaus durch die Nachgiebigkeit des Zentrums erheblich verschlechtert worden war, haben sowohl unser Ver-

bandsanwalt Dr. Max Sirich, wie auch unser Vorsitzender Karl Goldschmidt, die sich redliche Mühe gegeben hatten in Gemeinschaft mit ihrer Partei die Verschlechterungen abzuwehren und das Gesetz möglichst gut zu gestalten, in der Schlussabstimmung gegen das Gesetz gestimmt, obgleich ihre Partei dafür stimmte.

Aus der Diskussion heben wir den Hinweis von Bredemann-Köln auf die Eisenbahnerbewegung hervor. Das Hauptaugenmerk sei auf den heftigen Bezirk zu legen, wo noch 200 000 Arbeiter für den christlichen Eisenbahnerverband zu gewinnen seien. Im Trierischen Verbande istklammere die Erregung unter der Decke. Hoffentlich finde auf dem nächsten Delegiertentage Trier seinen Weg zu den christlichen Gewerkschaften. Es sei die höchste Zeit, da auch die Sirich-Dunderschen Gewerkschaften bereits einen Eisenbahnerverband gegründet hätten. Sehr lustig war, was ein Stuttgarter Delegierter, namens Krug, über die Beteiligung der Gewerkschaften an dem Arbeiterkongreß sagte. Das könne erst dann gelassen, so meinte er, wenn die Sirich-Dunderschen in der christlichen Arbeiterbewegung ganz aufgegangen seien.

In zwei besonderen Referaten von Behrens und Giesberts über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung spielten wieder unsere Gewerkschaften eine wesentliche Rolle. Behrens bedauerte es, daß es in den evangelischen Arbeitervereinen Männer gebe, die den christlichen Gewerkschaften entgegenstünden und die Sirich-Dunderschen Gewerkschaften förderten. In verschiedenen Orten seien die evangelischen Arbeitervereine mit den Sirich-Dunderschen Gewerkschaften bei den Gewerkschaftswahlen gegen die Christlichen zusammengegangen. Der Weg zum Anschluß an den Kongreß stände den Gewerkschaften offen. Sie brauchen sich nur auf den Boden der christlichen Weltanschauung zu stellen, nationalen Bestrebungen zu huldigen und gewerkschaftliche Grundzüge anerkennen. Giesberts beklagte, daß die Sirich-Dunderschen Gewerkschaften trotz Bitten und Flehen nicht zu hergehen gewillt wären, an dem ersten Kongreß in Frankfurt a. M. teilzunehmen. Die Tür stände ihnen auch jetzt offen, aber Bedingungen für ihre Beteiligung dürften sie nicht stellen. Im übrigen meinte er mit Recht, daß nicht das bloße Bekenntnis zum Christentum den Menschen zum Christen mache. Man möge nicht denken, daß man alles besser wisse und fenne, weil man den christlichen Gewerkschaften angehöre. Kein christlicher Gewerkschaftsführer vererbe sich etwas, wenn er bei einem konfessionellen Verein, bei einem Festzuge oder einer Prozession mitwirkt, das könne im Gegenteil schon aus taktischen Gründen nur dringend empfohlen werden. Auch der Gewerkschaftsführer könne Sonntags morgens in die Kirche gehen. Von den katholischen Fachabteilungen sagte Giesberts, daß hinter ihnen eine politische Richtung reaktionärer Art stehe! Ein anderer Redner meinte, es dürften die katholischen Fachabteilungen nicht auf dem Arbeiterkongreß vertreten sein, das gebe Streit. Und wieder ein anderer fürchtete, daß, wenn die Gewerkschaften zum Arbeiterkongreß kämen, es mit diesen zu Differenzen komme.

Farrer Dr. Weber war über den Gang dieser Verhandlungen augenscheinlich nicht erfreut. Den Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine habe man zu unrecht angefaßt. In der Gewerkschaftsfrage müsse den einzelnen Provinzialverbänden die Stellung überlassen bleiben. Es dürfe den Gewerkschaften, deren erste Führer er persönlich als ehrenwerte Männer kennen gelernt habe, nicht zugemutet werden, einfach in den christlichen Gewerkschaften aufzugehen.

Es ist sehr interessant, daß die Frage der eventuellen Beteiligung unserer Gewerkschaften an dem nächsten Arbeiterkongreß sich wie ein roter Faden durch die ganzen Verhandlungen zog. Dazu lag eigentlich gar keine Veranlassung vor. Die Gewerkschaften haben sich bisher darauf beschränkt, ihre Bereitwilligkeit zu erklären, über eine eventuelle Beteiligung in Verhandlungen einzutreten. Die geistige Richtung unserer Bewegung werden wir uns aber nicht von Außenstehenden vorschreiben lassen. Die gewerkschaftlichen Grundsätze werden von uns betätigt, die brauchen nicht mehr erst ausdrücklich von uns anerkannt werden. Die Gewerkschaften waren auf diesem Gebiete die Lehrmeister der übrigen Organisationen, also auch der christlichen. Die Gewerkschaften betätigen auch ihre nationale Gesinnung. Darin stehen sie hinter den Christlichen nicht im geringsten zurück. In religiösen und kirchlichen Fragen üben sie volle Duldsamkeit und gerade die Gewerkschaften sind wirklich interkonfessionell. Die Verbindung des christlichen Namens mit einer gewerkschaftlichen Bewegung halten wir für falsch. Obgleich wir

glauben, daß das innere Christentum in den Herzen der Gewerkschaften ebensoviele Boden hat wie bei den Gewerkschaftlern, die den Namen christlich aus „taktischen Gründen“ zum Firmenschild gewählt haben.

Die Gewerkschaften stehen in keinem Punkte ihres Programmes oder ihrer Betätigung im Gegensatz zum wirklichen Christentum. Wie wäre es auch sonst möglich, daß in ihren Reihen selbst in hervorragenden Stellen Männer tätig sind, die nicht aus taktischen Gründen, sondern aus ihrem Herzen heraus treue Christen sind. Geist und Ethik des Christentums sollten dem wirklichen Christen wohl auch viel zu hoch stehen, als daß sie zum Agitationsmittel für gewerkschaftliche Bestrebungen gemacht werden dürften. Mögen die katholischen wie die evangelischen Arbeitervereine ihre Konfession pflegen. Das liegt auf ihrem Gebiete.

Was wir wollen, ist klar: Weder das spezifisch Sirich-Dundersche, noch das spezifisch Christliche, sondern allein das nationale Element hat die Gemeinsamkeit des Bodens zu bilden, auf dem ein Zusammenwirken zur praktischen Förderung der Arbeiterinteressen vor sich gehen muß.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 27. Juli 1909.

Zu den Vorlagen, die durch den Schluß des Reichstages nicht verabschiedet worden sind, gehört auch die große Gewerbeordnungs-Novelle. Sie müßte, wenn die Regierung auf ihrer Erledigung besteht, in der nächsten Session noch einmal eingebracht werden. Nun geht durch die Presse eine angeblich von unterrichteter Seite stammende Notiz, wonach die Reichsregierung sich nicht entschließen wird, die Novelle noch einmal dem Reichstage vorzulegen. Denn die Kommission habe nicht nur über den ursprünglichen Beratungsstoff hinaus eine solche Fülle neuer Gebiete in die Vorlage hineingezogen, daß es unmöglich sei, sie überhaupt im Rahmen der Gewerbeordnung zu lösen, sondern sie habe auch auf einigen Gebieten Beschlüsse gefaßt, die für die Reichsregierung unannehmbar seien. Hierhin gehören die Vornämter für die Heimindustrie, der Achuhladenschluß, die Einführung von Handelsinspektoren und einer Maximalarbeitszeit für die in Kontoren beschäftigten Angestellten. Es sei deshalb anzunehmen, daß an Stelle der Novelle zur Gewerbeordnung eine Reihe von Einzelgesetzen treten wird, in denen, wie schon früher bei der Frauennarbeit, die wichtigsten Gebiete einer erschöpfenden Regelung finden können. Wann diese Vorlagen an den Reichstag gelangen, werde davon abhängen, in welcher Zeit die notwendigen Ermittelungen zur Klärung der recht schwierigen Materien zum Abschluß gebracht werden können.

Diese Mitteilung klingt nicht gerade vertrauenswendend. Wir würden es tief bedauern, wenn die in der Gewerbeordnungs-Novelle vorgesehenen Verbesserungen und auch die wesentlichsten Beschlüsse der Kommission, in denen wir ebenfalls Fortschritte erblicken, auf diese Weise hinausgeschoben oder gar vereitelt werden sollten. Die Regierung hat allen Anlaß, angesichts der im Werke und namentlich in der Arbeiterschaft herrschenden Erbitterung wenigstens auf sozialem Gebiete etwas Entgegenkommen zu zeigen.

Infolge der neuen Bestimmung im preussischen Einkommensteuergesetz (§ 23) hat, nach der „Post. Ztg.“, Berlin 6 Millionen Mark mehr an Einkommensteuern veranlagt werden können. Es ist freilich anzunehmen, daß die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse einen erheblichen Teil dieser Veranlagungen in Fortfall bringen durch begründete Reklamationen. Fest steht allerdings, daß kaum irgendwo eine so große Drückeberei vor der Steuer von sehr vielen Menschen getrieben wird, wie in Berlin. Das trifft auch auf einen Teil der Arbeiter zu. Wir haben es selber oft beobachten können, daß ehemalige Arbeiter, die in höhere Stellungen aufgerückt waren, der Steuerbehörde gegenüber sich immer noch als einfache „Arbeiter“ bezeichnen ließen. Schloffer, die inzwischen Werkmeister geworden waren, nannten sich für die Steuerveranlagung immer noch Schloffer. Das ist ein bedauerliches Zeichen mangelnden Gemeinfinns. Die Steuerlisten weisen jetzt Kubler, Maurer, Bildhauer, Bierfahrer, Tischler, Formner usw. mit Einkommen von 3 bis 5 und 6000 Mark auf. Daß diese Sätze nicht als Grundschmittsöhne für die genannten Berufe gelten, bedarf wohl keiner besonderen Versicherung. Wenn aber Leute mit Einkommen von 5- und 6000 M. sich vor der Steuerleistung drücken, so ist das ein Nachteil für diejenigen Arbeiter, die mit ihrem geringen Einkommen in vollem Maße zur Steuer herangezogen werden.

Für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl ist die Heranziehung der Drückberger von erheblicher Bedeutung geworden. Der Durchschnittsteuerertrag in Berlin ist infolgedessen von 179 Mk. im Jahre 1907-08 auf 193 Mk. im Jahre 1909-1910 gestiegen. Das hat zu bedeuten, daß nun alle Wähler, die bis zu diesem Durchschnittsbetrage von 193 Mk. Steuern zahlen, in der 3. Abteilung wählen. Die Wähler der 2. Abteilung bezahlen Steuern von 193 Mk. bis 6450 Mk. Wer 6451 und mehr Mark Steuern bezahlt, ist Wähler der 1. Abteilung. Für die Landtagswahlen ist nicht der Durchschnittsteuerertrag der ganzen Bevölkerung von Berlin, sondern der Gesamtsteuerertrag innerhalb eines jeden Urwahlbezirks für die Einteilung der Wählerklassen maßgebend. Viele Arbeiter, die zur Stadtverordnetenwahl Wähler der 3. Abteilung sind, können in sehr vielen Urwahlbezirken Wähler der 2., ja sogar der 1. Abteilung sein.

Vernunft wird Unsin, Wohlthat Plage!
Wieder einmal sehen wir uns genötigt, das leidige Kapitel der Wohlfahrtseinkünfte zu behandeln. Anlaß dazu gibt uns folgender Brief, aus dem wir nur den Namen unseres Kollegen herauslassen:

Vorsigwert, O.-S., den 10. Mai 1909.
An den **Bischof**

Wir haben festgestellt, daß ihr 20 Jahre alter Sohn bei Ihnen wohnt, aber nicht bei uns beschäftigt ist.
Da es selbstverständlich ist, daß unsere Wohnungen ausschließlich nur für unsere Arbeiter da sind, so eruchen wir Ihren Sohn zu veranlassen, daß er entweder innerhalb 14 Tagen bei uns in Arbeit tritt oder aber die Wohnung bei Ihnen räumt.
Ihr Sohn hat sich innerhalb der obenangegebenen Frist bei dem Betrieb, bei dem Sie arbeiten, zu melden; tut er das nicht, so hat er die Wohnung zu räumen.
p. pa. A. Vorsig Berg- und Gütten-Verwalt.
Gaafe.

Der Brief ist heftigstapeltiert, findet also häufiger Verwendung. Danach mißt sich die Vorsigische Berg- und Güttenverwaltung in Dinge ein, die sie gar nichts angehen. Die Wohnungen sind an die Arbeiter des Werkes vermietet, die natürlich nicht allein darin wohnen können, sondern die auch für ihre Familien Wohnungen brauchen. Wenn nun der Sohn eines solchen Arbeiters mittlerweile älter geworden ist, sein Brot selbst verdienen muß und bei seinen Eltern wohnt, dann muß er, wenigstens nach Ansicht der Güttenverwaltung, auch auf den Vorsigischen Werken arbeiten, wenn er bei seinen Eltern weiter wohnen will, sonst fliegt er einfach aus der Wohnung heraus.

Der Zweck dieser Bestimmung ist deutlich. Man will verhindern, daß junge, kräftige Arbeiter auf anderen Werken arbeiten, wo sie besser bezahlt werden. Man will sich einen Stamm von Arbeitern sichern, denen man alles bieten kann. Der junge Mann, um den es sich hier handelt, hat eine Arbeitsstelle, auf der er mehr verdient als bei Vorsig. Durch die Drohung mit dem Sinauswerfen aus der Wohnung soll der Mann gezwungen werden, seine besser gelohnte Arbeit aufzugeben, um bei Vorsig zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten. Er muß, wenn er dem Verlangen des Werkes nicht nachkommt, seine Eltern verlassen, denen er vielleicht in ihren alten Tagen eine Stütze ist, wenn er mit ihnen in der Familien- und Hausgemeinschaft lebt.

Weider lassen es die Arbeiter meist in solchen Fällen auf eine gerichtliche Klage nicht ankommen, weil sie wissen, daß ihnen in diesem Augenblick nicht nur ihre Arbeitsstelle, sondern auch gleichzeitig ihre Wohnung gefährdet wird und sie dann tatsächlich auf der Straße liegen müssen. Und so etwas nennt sich Wohlfahrtseinkünfte!

Arbeiterbewegung. In Nürnberg ist der Streik der Tischler nach zwölfwöchentlicher Dauer beendet. Es wurde ein Vertrag vereinbart, der bis zum 1. April 1912 Gültigkeit hat. Nach demselben beträgt der Stundenlohn statt bisher 43 Pf. vom 1. April 1910 an 47 Pf. und vom 1. April 1911 an 48 Pf. Die Arbeitszeit wird vom 1. April 1910 ab von 54 Stunden auf 53 Stunden herabgesetzt. Außerdem wurde den Arbeitern noch eine Vanzulage von 5 Pf. pro Stunde bewilligt. — Der Maurerstreik in Plauen (Vogtland), der vor drei Wochen ausbrach, hat sein Ende erreicht. Nach den getroffenen Vereinbarungen bekommen die Maurer und Zimmerer, die bisher mit einem Stundenverdienst von 45 Pf. entlohnt wurden, 47 Pf. und vom 1. April 1910 ab 50 Pf. Der Stundenlohn der Handlanger wurde von 34 Pf. auf 36 bzw. 39 Pf. erhöht. — Die Tarifbewegung der Arbeiter, Maschinenisten und Feizer im Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen, die größere Ausdehnung zu

nehmen schien, ist durch Verhandlungen vor dem Einigungsamt beigelegt worden. Die Arbeitgeber zogen den veralteteren Lohnstarif zurück, worauf auch die Arbeitnehmer auf ihre Forderungen verzichteten. — In Willingen (Baden), woselbst die Bau- und Möbelfabrikantenstreifen, haben die Arbeitgeber beifollos, die Streikenden an Orte überhaupt nicht mehr einzustellen. — Der Maurerstreik in Forzheim, der nunmehr über ein Vierteljahr dauert, konnte trotz der Verhandlungen vor dem Einigungsamt nicht beigelegt werden. In diesen Tagen sollen weitere Einigungsversuche unternommen werden. — Die Krieter auf der Schiffswerft in Flensburg sind wegen Anfeindung einer zehnprozentigen Lohnreduzierung in den Streik getreten. — Der Kampf der Spitzenweber in Plauen (Vogtland) und der Weber in Streitau (Oberfranken) mußte, ohne daß ein Erfolg für die Arbeiter zu erzielen war, beendet werden. — Nach viertägiger Dauer konnte der Streik der Zimmerer in Birkenwerder, Bez. Potsdam, erfolgreich beendet werden. Der Lohn wurde von 65 auf 70 Pf. pro Stunde erhöht, während die Arbeitszeit auf 9 Stunden herabgesetzt wurde. — Sämtlichen Schuhfabrikarbeitern der Firma Matta in Offenbach wurde die Arbeit gefündigt, ohne denselben die Gründe hierfür mitzuteilen. — Mit einem vollen Erfolg konnten die Maurer in Herborn, Bez. Wiesbaden, ihre siebenwöchentliche Lohnbewegung beenden. — Der bereits mehrere Wochen andauernde Kampf der Bauhandwerker in Hamburg und Umgebung konnte trotz mehrmaliger Einigungsversuche nicht beigelegt werden. — In Berlin sind die Geldstrankflosser in den Streik getreten, nachdem die Bemühungen der Arbeiter, einen besseren Tarif zu vereinbaren, an der ablehnenden Haltung der Unternehmer gescheitert sind. Die Situation in den englischen Kohlenrevieren ist eine überaus kritische geworden. Die Grubenarbeiter haben in ihrer überwiegenden Mehrheit für den Generalausstand gestimmt. Die endgültigen Ergebnisse liegen zwar noch nicht vor, doch kann man schon jetzt erkennen, daß die Mehrheit für den Streik wesentlich größer ist als ursprünglich erwartet wurde.

Folgen der Hundstagskise. In Stettin haben unsere Kollegen vom Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter in diesen Wochen ein Flugblatt verbreitet, das in ruhiger und sachlicher Weise auf die Notwendigkeit der Berufsorganisation hinweist und zum Eintritt in den Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter auffordert. Es ist ganz selbstverständlich, daß dabei auch die Rechte, die den Mitgliedern aus der Zugehörigkeit zum Gewerksverein erwachsen, den Lesern vor Augen geführt werden. Der dem Flugblatt beigefügten Beitrittserklärung haben unsere Stettiner Kollegen mit einem Stempel den Satz angehängt: „Der Uebertritt zum Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter von anderen Verbänden erfolgt mit vollen Rechten.“ Das ist bekanntlich nichts Neues. Auch die sozialdemokratischen Organisationen, deren Mitgliederbunden bekanntlich nicht zu stillen ist, üben dieselbe Praxis. Wenn sie sich also jetzt über diesen Zusatz so fürchterlich aufregen, können wir dies nur als die Wirkung der Hundstagskise betrachten.

Der sozialdemokratische Stettiner „Volksbote“ nämlich ist über die Flugblattverteilung so aus dem Häuschen, daß er einen mit den üblichen Gemeinheiten und Nichtsnützigkeiten strotzenden Artikel bringt und gegen den Gewerksverein der Deutschen Maschinenbauer vom Leder zieht. Daß die Gewerksvereine die Unorganisierten für sich zu gewinnen suchen, nun, das will der „Volksbote“ ihnen noch allergnädigst gestatten. Aber daß sie auch „anderen Verbänden die Mitglieder abzugeben“ versuchen, das sei unerhört. Nichts anderes aber bewede man mit dem Flugblatt, wie aus dem aufgestempelten Vermerk hervorgehe und aus der Tatsache, daß die Blätter „von Haus zu Haus verbreitet“ werden.

Wir freuen uns, daß unsere Stettiner Kollegen diese Flugblattverteilung so energisch in die Hand genommen haben, und wir sind überzeugt, daß ihre Bemühungen auch von Erfolg gekrönt sein werden. Das geht ja auch schon aus dem Schimpferganz des „Volksboten“ hervor. Aber eine bescheidene Frage möchten wir an das sozialdemokratische Blatt noch richten: Ziehen etwa die „Genossen“, wenn sie eine Flugblattverteilung vornehmen, vorher erst Erkundigungen bei der Polizei oder irgend einer anderen Instanz über die Gesinnung derjenigen ein, an die sie ihre Blätter verteilen? Gehen sie nicht auch von Haus zu Haus, ohne Rücksicht darauf, daß einmal eines der Blätter nicht in die richtigen Hände gerät?

Wie gesagt! In der Redaktion des „Volksboten“ scheint die Hundstagskise arge Verheerungen angerichtet zu haben.

Wenn das am grünen Holze geschieht! Wie in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im 2. Berliner Reichstagswahlkreis mitgeteilt wurde, haben sich sehr viele Gewerkschafter und Parteigenossen geweigert, den Verdienst vom 1. Mai, wenn sie an diesem Tage feierten und diesen Tag doch bezahlt bekamen, zum Teil in die Parteikasse abzuführen. Aufsehen erregte es, daß auch ein Teil der im „Vorwärts“-Betriebe Beschäftigten sich um den bezüglichen Beschluß des Parteitag, dem auch der Gewerkschaftskongreß zugestimmt hatte, nicht kümmert, sondern den Lohn ganz für sich behält. Stadtvorord. Wurm teilte mit, daß sich die Buchdrucker sämtlicher Parteibetriebe geweigert hätten, dem Parteitagsschluß nachzukommen. Einzelne Redner sprachen sich dahin aus, daß diese Leute aus der Partei ausgeschlossen werden müßten. Ein anderer beantragte eine scharfe Resolution, die das Verhalten verurteilte. Es wurde aber weder der Auschluss beschlossen, noch die Resolution angenommen. Der Waisfeiernummel wird eben von keiner Seite mehr ernst genommen.

Zwangszimmungen nicht beugt, Tarifverträge abzuschließen. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat, nach der „Barm. Ztg.“, die Entscheidung wiederholt, daß Zwangszimmungen nicht beugt sind, Tarifverträge abzuschließen. Diese Entscheidung stützt sich auf Paragraph 110 q der Gewerbeordnung, der es den Zwangszimmungen verbietet, ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme von Kunden durch Beschlüsse zu beschränken. Die tarifmäßige Bindung der Löhne sieht die Entscheidung als eine mit dem § 100 q nicht zu vereinbarende Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit hinsichtlich der Festsetzung der Preise an, weshalb Beschlüsse der Zimnung, wodurch die Mitglieder der Zimnung an einen Lohnstarif gebunden werden, ungültig sind. Diese Bestimmung hat zur Folge gehabt, daß die in den Zimmungen beteiligten Arbeitgeber für jene Zwecke noch besondere Verbände bilden. Freie Zimmungen sind nicht an den § 100 q gebunden.

Kommunale Arbeitsnachweisstellen. Nach der in der letzten Nummer des Ministerialblattes der Handels- und Gewerbeverwaltung veröffentlichten Uebersicht über die in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweisstellen nach dem Stande vom 1. Januar 1909 sind bei den allgemeinen Nachweisstellen im Jahre 1908 Stellen

angeboten:	ge sucht:	vermittelt:
606 772	996 600	459 705
gegen i. J. 1907: 686 583	806 752	489 174
1906: 671 926	755 255	460 213
1905: 567 568	693 186	390 908

Während danach die Zahl der gesuchten Stellen auch im Jahre 1908 weiter gestiegen ist, weist unter dem Einflusse der rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung sowohl die Zahl der angebotenen Stellen, als auch, wenngleich nicht in gleichem Maße, die Zahl der Vermittelungen einen Rückgang auf. Mehr als 10 000 Stellen haben im abgelaufenen Jahre vermittelt 10 Arbeitsnachweisstellen in Berlin (88 767), Frankfurt a. M. (37 622), Köln (25 753), Düsseldorf (25 501), Wsn. (17 474), Dortmund (17 369), Magdeburg (16 090), Breslau (12 526), Kiel (12 372), Charlottenburg (11 779), mehr als 5000 bis 10 000 Stellen die 12 Arbeitsnachweise in Elberfeld (9814), Erfurt (9803), Kassel (9543), Hannover (9338), Schöneberg (9330), Wiesbaden (7970), Barmen (7360), Flensburg (6039), Bielefeld (5638), Königsberg (5569), Potsdam (5487) und Essen (5329). Die Gesamtzahl der Arbeitsnachweisstellen ist im letzten Jahre von 222 am 1. Januar 1908 auf 254 am 1. Januar 1909 gestiegen. Hieron sind 150 kommunale Arbeitsnachweise, die übrigen 104 Nachweisstellen werden mit kommunaler Unterstützung betrieben.

Das neue französische Kabinett ist verhältnismäßig schnell zustande gekommen. In drei Tagen ist es der Bereidamkeit und Geschicklichkeit des bisherigen Kultus- und Justizministers Briand gelungen, das neue Kabinett zu bilden. Er selbst übernimmt das Ministerium des Innern und wird Ministerpräsident. Briand ist zwar aus der offiziellen sozialistischen Partei ausgeschlossen, erklärt aber selbst, daß er Sozialist geblieben sei. Es ist das erste Mal, daß das Kabinett einer Großmacht von einem Sozialisten geleitet wird. Bemerkenswert ist, daß außerdem noch zwei der neuen Minister Sozialisten sind, Viviani und Millerand. Um zu zeigen, daß es ihm in der Tat darauf ankommt, eine Politik der Versöhnung und Mäßi-

gung zu treiben, hat Briand für die Leitung des Krieges und des Marineministeriums zwei Militärs berufen, und man darf nunmehr gespannt sein, wie dieses eigenartig zusammengesetzte Kabinett die Geschicke Frankreichs leiten wird.

Die sozialdemokratische Presse, und an ihrer Spitze die deutsche, kann sich nur schlecht an den Gedanken gewöhnen, daß drei ihrer Gesinnungsgenossen nunmehr an verantwortlicher Stelle zeigen sollen, was sie können. Der „Vorwärts“ sucht daher in gewohnter Weise die sozialistischen Minister herabzusetzen und bestreitet überhaupt, daß sie Sozialisten seien. Als ob nicht Leute wie Calmer, Schippel u. a. nicht auch Sozialdemokraten wären, obgleich sie in verschiedenen Punkten von dem Dogma des Parteiprogramms abweichen! Briand hat zuseiten sogar sehr radikale Anschauungen vertreten. Er ist von Beruf Advokat und verfügt über ein großes Wissen und eine ungewöhnliche Rednergabe. Diese Eigenschaften haben ihn schon früh zur Betätigung im öffentlichen Leben geführt. Briand hat viele Jahre lang im gewerkschaftlichen und politischen Kampfe gestanden und ist mehrfach als sozialistischer Abgeordneter gewählt worden. Seine radikalen Ansichten über den Generalstreik haben ihn in eine scharfe Gegnerchaft zu den sozialistischen Führern Guisde und Jaurès gebracht, die später zu seinem Ausschneiden aus der offiziellen Partei führten. Als Briand in das Ministerium eintrat, hat er ebenso wie vor ihm Millerand bald eingesehen, daß die sozialistischen Ideen theoretisch zwar ganz schön, praktisch aber nicht durchführbar seien, und er hat sich allmählich mehr und mehr nach rechts gemauert. Das bereitet natürlich Blättern vom Schlage des „Vorwärts“ Unbehagen, und deshalb tun sie so, als wenn die französischen Minister überhaupt keine Sozialisten wären. Schade, daß man nicht auch einmal bei uns einen solchen Versuch macht. Frankreich wird nicht den geringsten Schaden dadurch erleiden, daß drei Sozialisten an leitender Stelle des Staates stehen. Ebenjowenig würde der preussische Staat oder auch das Deutsche Reich deshalb aus den Fugen gehen. Wohl aber würden auch wir sehr bald dieselbe Erfahrung machen wie die Franzosen, daß die Herren Sozialisten, wenn es darauf ankommt, an verantwortlicher Stelle praktische Arbeit zu leisten, schleunigst einen guten Teil ihrer utopistischen Ideen über Bord werfen.

Gewervereins-Teil.

Profen. Die letzte Versammlung des Gewervereins der Deutschen Stein- und Glaserarbeiter wurde am 18. Juli in Herzogswaldbau abgehalten. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erstattete der Vorsitzende den Bericht der Siebenereitskommission, an den sich eine längere Diskussion knüpfte. An der Tagesordnung wurden einige Änderungen vorgenommen; nach der nächsten Generalversammlung soll ihr ein Nachtrag angefügt werden. Sodann wurde ein Referat gehalten über die gegenwärtige Lage in der Steinindustrie. Der Referent schilderte eingehend, wie sich die Steinindustrie in Deutschland mit den übrigen Industrien Deutschlands entwickelt hat. Damit hielt Schritt auch die Organisation der Steinarbeiter, für die ursprünglich nur der Steinarbeiterverband in Betracht kam. Die Entwicklung desselben

aber machte auch die Gründung anderer Organisationen zur Notwendigkeit. Redner liesserte dann ein anschauliches Bild von der Entwicklung der Steinindustrie der achtziger Jahre und schilderte die Lage nach dem Sturzjahr 1900. Er erörterte weiter die Bundesratsverordnung vom Jahre 1902 und wies dann nach, daß die Jahre nach der vorliegenden Krise die günstigsten für die Steinindustrie gewesen sind. Auch die Arbeitsverhältnisse und Arbeitslöhne erübrnen in dieser Periode eine Besserung. Da trat plötzlich ein Umschlag ein im vergangenen Jahre, welches wiederum als eines der ungünstigsten für die gesamte Industrie zu betrachten ist. Arbeitslosigkeit und Lohnreduktionen waren an der Tagesordnung. Dazu kam der ungünstige Winter, der in Verbindung mit der schlechten Konjunktur den Arbeitgebern Gelegenheit gab, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, wodurch den Arbeitern schwere Kämpfe aufgezungen wurden. Die besten Beweise dafür sind die Bewegungen in Striegau und Mühlbach. Am Schlusse seiner Ausführungen beehrte Redner die Bundesratsverordnung vom 1. Juli d. Js. und ermahnte die Kollegen, daß jeder noch mehr als bisher seine Pflicht tun müsse, damit es schließlich keinen unorganisierten Steinarbeiter mehr gebe. Stoff zu einer längeren Diskussion liesserte dann die öffentliche Steinarbeiterversammlung in Groß-Rosen, zu welcher auch der Gewervereins eingeladen war. Die nächste Versammlung soll in Gemmenitz abgehalten werden. Aufgenommen wurden 4 neue Mitglieder, getrennt 2. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden dafür zu sorgen, daß die Beiträge pünktlich bezahlt werden, damit nicht wegen Rückstände Streiktionen vorgenommen werden müssen. Mit der ferneren Wählung an die Kollegen, in der nächsten Versammlung zahlreich zu erscheinen, schloß dann der Vorsitzende die Versammlung. Tsch.

Verbands-Teil.

4. Mitteilung über eingekaufte Sammelgelder für die im Streit befindlichen Steinarbeiter (Bauhandwerker) in Wärschlag in Baden.

Bergarbeiter: Nieder-Hermsdorf Mt. 3. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Sandhausen 5. **Frauen und Mädchen:** Riegnitz 5, Magdeburg-Neustadt 3,50. **Grasbüchse Besatz und Maler:** Neuhäusen 3, Scheubitz 3, Zeig 5. **Holzarbeiter:** Aachen 8, Biberach 5, Danzig 10, Görlitz 3, Vangens 6,05, Löbau 4, Memel 5,50, Striegau 8,10. **Rundtorener:** Berlin 5. **Schuhmacher u. Zigarrenarbeiter:** Graudenz 10,40, Jauer 2,70. **Legilarbeiter:** Berge-Fors 10, Berlin 6, Chemnitz 3, Spremberg 25, Löpfer: Brunau 7,50. **Ortsverbände:** Gera 12, Krefeld 8, Plauen 8,10, Zeig 10. Summa Mark 177,85. Bereits quittiert Nr. 949,20. **Insgesamt Nr. 1127,05.** Berlin, den 27. Juli 1909. Rudolf Klein, Verbandskassierer.

Arbeitersekretariat der Deutschen Gewervereine (Hirsch-Duncker) Frankfurt a. M.

Das Arbeitersekretariat befindet sich ab 15. Juli 1909 **Mitte Wainzergasse Nr. 90.** Auskunftsverteilung erfolgt an jedermann in Fragen, welche die Arbeiterversicherung, die Gewerbeordnung, das bürgerliche Gesetzbuch oder die Zivilprozeßordnung betreffen, unentgeltlich. Unentgeltliche Arbeitsvermittlung. Durchreisende Kollegen aller Berufe mögen sich dort melden. In den nächsten Wochen dürften die Quartierzettel für unsere durchreisenden Kollegen unentgeltlich zur Ausgabe gelangen. Die Gewervereinspresse wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen. J. Walzer, Arbeitersekretär.

Berichtungen.

Berlin. Diskutterklub der Deutschen Gewervereine (S.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewervereine, NO., Weißsawaldstraße 221/223. Im Juli

und August fallen die Sitzungen aus. Erste Sitzung nach den Ferien Mittwoch, 8. September. — **Gewervereins-Vierertafel (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Leubungshunde im Verbandshause der Deutschen Gewervereine (Brüder Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Diskutterklub Noabit.** Jeden Freitag, abends 8½ Uhr, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 58. — **Fachwissenschaftlicher Diskutterklub Berlin.** Bückerstraße 20. Sitzung jeder ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Sonnabend, 31. Juli. Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8½ Uhr Versammlung bei Rabau, Waldstraße 58. Vortrag des Kollegen Joseph über: „Zollpolitik“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8½ Uhr Versammlung, Rothbuserstraße 6. Vortrag des Herrn Dr. Hirnbaum: „Rues über Baumaterialien, ihre Verhütung und Behandlung“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8—10 Uhr Zahlabend b. Funke, Kriftstr. 63. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8½ Uhr im Verbandshause. Vortrag des Kollegen Kusleitner: „Wesen und Bedeutung der komb. Drivervine“. Wahl des 2. Vorsitzenden. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8—10 Uhr Zahlabend bei Krauß, Putzbuterstr. 51. Kohlenbestellung.

Orts- und Regionalverbände.

Nachen (Diskutterklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, Diskutterabend bei Reuther, Ede Panfemannplatz und Säckerstraße. **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr vrb., in Hiltmanns Hotel, Boosstr., Diskutterhunde. (Diskutterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Bresden (Diskutterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sanderbräu Wobergasse 28. statt. Gäste will. — **Adin (Diskutterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Vater Rolping“, Eiserstraße. — **Hamburg (Diskutterklub).** Jeden 2. u. 4. Mittwoch im Monat bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Diskutterklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hahenlamp, Friedrich Wilhelmstraße, Diskutterabend. — **Wärschlagheim-Nahe (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertretererzung beim Bild Joh. Möller, Sandstraße 38. — **Cottbus (Diskutterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstr. 120. — **Leipzig (Gewervereins-Vierertafel).** Die Leubungshunde finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißensfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewervereine).** Leubungshunde jeden Dienstag, abends 8½—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangsabend Gewervereinskollegen stets willkommen. — **Zerlöhn (Diskutterklub).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Witten u. Umgegend (Ortsverb.).** Sonntag, 1. August, nachm. 4 Uhr bei Kuhlhoff (Witten), Breitestraße, kombinierte Vorstandserzung der Ortsvereine: Maschinenbauer Witten, Annen, Langendreer, Gerbe und Wapod, sowie Witten Arbeiter und Langendreer Bergarbeiter. — **Leipzig (Ortsverband).** Donnerstag, 29. Juli, abds. 9 Uhr, Ortsverbandvertretererzung. Sonnabend, 31. Juli, abds. 9 Uhr, Ortsverbanderversammlung. Vortrag des Herrn Schriftstellers Otto Reibgeier: „Wohnungsreform“. Sonntag, 15. August, Sommerfest im Albertgarten, L.-Anger. Programm wird demnächst veröffentlicht.

Briefkasten.

S. J., Landau. Wenn der Betreffende selbständig ist und für das Schuhmachergewerbe eine Zwangsinnung am Orte besteht, muß er derselben angehören. Die Zugehörigkeit zur eingeschriebenen Gildeklasse und auch zum Gewerbeverein hat damit nichts zu tun.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewervereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Hahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Anspruchsbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. 160x230 mm. Preis 50 Pfg.
Zeitschriften zum Gewerbegerichtsgefes von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
Geschichte der Deutschen Gewervereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewervereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewervereine. — Schrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewervereine (Hirsch-Duncker) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinstibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Der Bestellung bitten wir stets den Gelbbetrag beizufügen, da andersfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer **Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Weißsawaldstr. 221/23.**
Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Züchtiger Maschinist, Gewervereine, der mit Dampfmaschine, Dampfseil, Sauggasmotor, sowie elektrischen Licht- und Kraftanlagen, Anlagen vollständig vertraut ist u. gut; langjährige Erfahrung besitzt, sucht Stellung. Off. Offerten an **H. Strüßbach, Berlin O., Rappachstraße 13.**

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20-Mk. beim Kollegen **Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22** im Laden. Die Verbandsberichter befindet sich Elfbathstraße 49 (Zügers Gastwirtschaft).

Kedernhude und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten Reiseunterstützung. Karten hierzu beim Kollegen **Ganßow, Kedernhude, Ballstraße 12** und **Sonnenmann, Torgelow, Eulentstr. 3.**

Hamburg-Mitona (Ortsverb.). Die Rechtsauskunftsstelle befindet sich beim Kollegen **E. Döhle, Hamburg, Silmenstr. 19.** III. Sprechzeit wochentags von 6—8 Uhr abds., Sonntags von 10—12 Uhr vormittags.

Zur Anschaffung bringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen **Karl Goldschmidt:**
Weltanschauung
und
Arbeiterbewegung.
Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde.
Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.
Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.
Ein Beifaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.
Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.
Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer **Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Weißsawaldstr. 221/23** zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.